man versucht zu sagen, daß man sich in mancher Hinsicht noch am ehesten an den entsprechenden DDR-Publikationen über die „westdeutsche imperialistische Ostforschung“, wie das Fach dort meist genannt wird, orientieren könnte, wenn nicht die meisten dieser Publikationen zu einseitig wären. Aber ist es nicht absurd, daß man gleichsam immer zu den Veröffentlichungen „von der anderen Seite“ greifen muß, anstatt eine „Selbstdarstellung“ der Entwicklung des Faches in der Bundesrepublik zu versuchen, dessen wissenschaftliche Ergebnisse Anlaß genug dafür bieten würden?

Berlin

Klaus Meyer

Kalervo Hovi: Cordon sanitaire or barrière de l' Est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy 1917—1919. (Annales Universitatis Turkuensis, Ser. B, Bd 135.) Turun Yliopisto. Turku 1975. 242 S.

Aus sprachlichen Gründen hat die mitteleuropäische Geschichtswissenschaft bisher leider kaum von der finnischen Forschung Notiz genommen. Erst seit immer mehr finnischsprachige Publikationen in westeuropäische Sprachen übersetzt worden sind, sind die Leistungen der finnischen Historiographie auch für uns offensichtlich geworden. Ein Beispiel hierfür ist die Untersuchung Hovi's über die französische Osteuropa-Allianz-Politik 1917—1919.

Auf der Grundlage französischer, britischer, belgischer, Schweizer, westdeutscher, österreichischer, italienischer, dänischer, schwedischer und finnischer Archivbestände sowie reicher gedruckter Quellen und Literatur zeigt Hovi die Präliminarien einer neuen französischen Osteuropa-Politik August 1914 bis Oktober 1917, das Entstehen der französischen Ostbarriere-Politik November 1917 bis Oktober 1918 und den Eintritt des Cordon-sanitaire-Aspekts in die Ostbarriere-Politik November 1918 bis Juni 1919 auf. Er kann nachweisen, daß die Politik Frankreichs im Hinblick auf Polen, die Nationalitäten der Habsburgermonarchie, Rumänien, Finnland, die Ukraine und auf die baltischen Länder von antideutschen Affekten bestimmt gewesen ist. Vor allem Polen ist nach der Oktoberrevolution als Ersatz für die Allianz mit dem zarischen Rußland eingesetzt worden; eine große polnische Föderation aus Polen, Weißrußland, Litauen und der Ukraine sollte eine Barriere „contre le germanisme“ bilden. Auch der Cordon-sanitaire-Gedanke gegen ein Ausgreifen Sowjetrußlands — bis in den Sommer 1919 ist Frankreich an der Intervention in Rußland direkt beteiligt — ist durch die Furcht vor einer deutsch-sowjetrussischen Kooperation stark beeinflusst worden. Ein mit Frankreich militärisch und wirtschaftlich eng verbundener Ländergürtel von Finnland und den baltischen Staaten über Groß-Polen zur Tschechoslowakei und nach Rumänien sollte das Sicherheitssystem Frankreichs im Osten garantieren. Der SHS-Staat wird wegen seiner belasteten Beziehungen zu Italien erst im Juni/Juli 1919 als potentieller Partner einer engeren Allianz betrachtet. In bezug auf die ungarische Räterepublik erfahren wir von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der französischen Führung: Clemenceau hat sich gegen eine militärische Intervention in Ungarn und für die Verlangsamung des rumänischen Vormarsches ausgesprochen, General Pellé (Oberbefehlshaber des tschechoslowakischen Generalstabes!) ist ein Befürworter einer solchen Intervention gewesen. Was die baltischen Länder betrifft, so hat Frankreich aus antideutschen Erwägungen einerseits Estland, Lettland und Litauen innerhalb eines künftigen nichtkommunistischen Rußland belassen wollen, andererseits z. B. Lettland de facto am 21. Juli 1919 als unabhängigen Staat anerkannt. Die Briten ihrerseits haben die baltischen Staaten als ihr Einflußgebiet — so wie die Franzosen Polen — ange-

sehen; General Gough sollte diese Ansprüche durchsetzen. Finnland hätte nach den französischen Intentionen an einer Intervention gegen Petrograd teilnehmen, aber nicht Ostkarelien bekommen sollen; es ist interessanterweise nicht in das Gough unterstellte Gebiet einbezogen gewesen.

Wien

Wolfdieter Bihl

Alfred M. de Zayas: Nemesis at Potsdam. The Anglo-Americans and the Expulsion of the Germans. Background, Execution, Consequences. Routledge & Kegan Paul. London, Henley and Boston 1977. 268 S., 62 Abb. a. Taf., 7 Ktn.

Anläßlich der dreißigsten Wiederkehr des Kriegsendes vom Jahre 1945 ist in der westlichen und in der kommunistischen Publizistik in verschiedenster Weise auch der Beratungen in Potsdam gedacht worden, die im August jenes Jahres mit den Potsdamer Vereinbarungen, auch unzutreffend Potsdamer Abkommen genannt, abgeschlossen wurden. Die vorliegende Arbeit hebt sich aus dem Rahmen dieser Stellungnahme schon deswegen heraus, weil sie noch zusätzlich den Versuch unternimmt, diese Vereinbarungen von Potsdam mit ihren noch immer andauernden weitreichenden Auswirkungen auf die Gegenwart in Verbindung zu bringen; wie etwa mit dem Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen von 1970, dem Berliner Abkommen der Vier Mächte von 1971 und auch noch mit der Schlußakte der KSZE in Helsinki von 1975. Darüber hinaus ist es die neueste Stellungnahme von anglo-amerikanischer Seite zum Gesamtproblem der Potsdamer Vereinbarungen über einen Zeitraum von 1945 bis 1976 und kann schon aus diesem Grunde auf besondere Aufmerksamkeit hoffen.

Das muß um so mehr gelten, als die überaus weitgefaßte Anlage des Buches von einer besonderen Gründlichkeit in der Erforschung der zu bearbeitenden Materie zeugt, die zudem noch mit einer Auswertung von Interviews des Vf. mit an den Potsdamer Vereinbarungen Beteiligten bereichert wird. Die Arbeit ist Victor Gollancz gewidmet und zeigt damit schon die Grundtendenz ihres Bestrebens, in erster Linie die humanitären Aspekte der Potsdamer Vereinbarungen darzulegen. Da der Vf. Graduiertes der Harvard Law School ist und zugleich Mitglied der New Yorker und der Florida Bar, also etwa der entsprechenden Rechtsanwaltskammern, selbst zwei Jahre als Anwalt in der Wall Street praktisch tätig war und dann im Rahmen eines Fulbright-Graduiertenstipendiums in der Bundesrepublik Deutschland wissenschaftlich forschen konnte, wo er im Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen arbeitete, war auch eine Abhandlung dieser Grundproblematik aus der Sicht der herkömmlichen Völkerrechtslehre und Forschung zu erwarten. Dieser Versuch einer Gesamtkonzeption von humanitären und völkerrechtlichen Aspekten der Potsdamer Vereinbarungen und ihrer Fortwirkung in die politische Gegenwart muß als vollauf gelungen angesehen werden.

Die Arbeit wird mit einem Vorwort von Robert Murphy, dem politischen Berater des ehemaligen US-Militärgouverneurs in Deutschland, General Lucius D. Clay, eingeleitet, in dem bereits die humanitäre Grundlinie der Arbeit angesprochen wird. Demgegenüber weist der Vf. in seiner Einleitung noch auf seine Absicht hin, im Westen darauf aufmerksam zu machen, daß das Unrecht von Potsdam, also nicht nur die Vertreibung, sondern auch die übergroße Landnahme durch Polen und die Sowjetunion, nach wie vor dann, wenn durch unvorhersehbare politische Entwicklungen eine friedliche Revision der Oder-Neiße-Grenze möglich werden sollte, dazu führen könnte, daß „die deutsche Regierung zweifellos um die Rückgewinnung zumindest eines Teils der alten